



Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
in dieser Ausgabe lesen Sie:

- Auftakt zur Einkommensrunde 2019 in Hessen
- dbb Jahrestagung in Köln
- Landtag konstituiert sich – Hessen hat neue Landesregierung
- Finanzminister Dr. Schäfer präsentiert Haushaltsabschluss
- Dieselskandal
- Exklusiver Abend BBBank

Ich wünsche Ihnen eine gewinnbringende Lektüre
und grüße Sie herzlich!

Heini Schmitt
Landesvorsitzender

Ausgabe 1/2019

Einkommensrunde 2019 in Hessen Auftakt am 1. Februar in Wiesbaden

Am 1. Februar findet in Wiesbaden der Auftakt zur Einkommensrunde 2019 in Hessen statt.

Die Gewerkschaften, so auch der dbb beamtenbund und tarifunion Bund und der dbb Hessen werden gegenüber dem Hessischen Innenminister in Wiesbaden ihre Forderungen platzieren.

Folgende Forderungen werden von uns erhoben:

I. Entgelterhöhungen

- Erhöhung der Tabellenentgelte um 6 Prozent, mindestens um 200 Euro monatlich (Laufzeit 12 Monate)
- Erhöhung der Entgelte der Auszubildenden und Praktikanten um 100 Euro monatlich (Laufzeit 12 Monate)
- Erhöhung der Beträge der Pfl egetabelle um 300 Euro.

II. Auszubildende und Praktikanten

- Wiederinkraftsetzung der Vorschrift zur Übernahme von Auszubildenden
- Schaffung von Regelungen über die Ausbildungsbedingungen von Studierenden in ausbildungs- und praxisintegrierten dualen Studiengängen.

Forderungen darüber hinaus:

I. Manteltarifliche Änderungen für Beschäftigte

- Entgeltordnung zum TV-H verbessern und in Kraft setzen
- Entzerrung der Entgeltgruppe 9 (EG 9 klein)
- Entfristung der Regelung zu den Besitzständen aus dem Tarifvertrag zu § 73 MTL II betreffend Besitzstandswahrung v. 27. Februar 1964 gemäß Anlage 1 Teil C zum TVÜ-H
- Dynamisierung der Beträge nach § 50 Nr. 2 zu § 19 Abs. 4 und 5 TV-H
- Aufnahme wissenschaftlicher, künstlerischer und studentischer Hilfskräfte in den TV-H
- Ein zusätzlicher freier Arbeitstag pro Jahr für Gewerkschaftsmitglieder
- Änderung des Beginns der Nacharbeit in § 7 Abs. 5 TV-H auf 20:00 h
- Konkretisierende Fortsetzung der Gespräche zur Befristungspraxis im Hochschulbereich
- Anwendung des § 23 a TV-H auch auf Ausbildungs- und Praktikantenverhältnisse nach dem TVA-H BBiG, TVA-H Pflege und TV-Prakt-H.

II. Manteltarifliche Änderungen für Auszubildende und Praktikanten

- Erhöhung des Urlaubsanspruchs auf 30 Tage

Forderungen für die Beamten und Versorgungsempfänger:

- **Zeitgleiche und systemgerechte Übertragung auf die Beamten und Versorgungsempfänger**
- **Aufholung des Rückstands bei Besoldung und Versorgung aus den Jahren 2015 und 2016 von rd. 3,5 % und Gestaltung der Besoldungstabelle so, dass sie mindestens den verfassungsrechtlichen Vorgaben auch hinsichtlich des Abstandsgebots genügt.**

Es bleibt abzuwarten, wie die Hessische Landesregierung am 1. Februar auf die Forderungen reagiert.

Wir werden zeitnah über den Verlauf berichten.

.....

dbb Jahrestagung 2019

Unter dem Motto **100 Jahre Frauenwahlrecht, 70 Jahre Grundgesetz, 30 Jahre Friedliche Revolution: Vereint in Einigkeit und Recht und Freiheit!?** fand vom 6. bis zum 8. Januar die dbb Jahrestagung 2019 in Köln statt.

In seiner Eröffnungsrede forderte dbb Bundesvorsitzender **Ulrich Silberbach** einen „*starken Staat statt einer schwarzen Null*“. Er machte deutlich, dass angesichts des schwindenden Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in den Staat massive Investitionen erforderlich seien.

Im weiteren Verlauf der Jahrestagung waren u. a. der Staatssekretär im Bundesinnenministerium, **Stephan Mayer**, Bundesjustizministerin **Katharina Barley** und NRW-Ministerpräsident **Armin Laschet** als Redner zu Gast.



Die Hessische Delegation auf der dbb-Jahrestagung: Foto: F. Windmüller
H.v.l.: Norbert Naumann, Karl de Andrade-Huber, Andrea Fischer, Ingelore Steuernagel, Richard Thonius, Heinrich Roßkopf, Helmut Deckert, Siegfried Damm, Cosima Eberius.
V.v.l.: Birgit Kannegeßer, Melihat Coskun, Heini Schmitt, Annabelle Schäfer, Julika Lückel, Janna Gall.
Nicht auf dem Foto: Walter Spieß, Michael Volz, Reinhold Petri, Julia Hott

Wir fügen hier den Link zur dbb-Jahrestagung ein:

<https://www.dbb.de/teaserdetail/artikel/starker-staat-statt-schwarze-null.html>

.....

Landtag konstituiert sich für die 20. Legislaturperiode; Hessen hat eine neue Landesregierung; Richtige Weichenstellungen für einen starken öffentlichen Dienst von Anfang an erforderlich

Am 18. Januar fand die konstituierende Sitzung des Hessischen Landtags statt. Das Parlament besteht nun aus sechs Fraktionen und 137 Abgeordneten, 27 mehr als in der 19. Legislaturperiode.

Boris Rhein (CDU) wurde einstimmig zum neuen Landtagspräsidenten gewählt.

Nach der Wahl der stv. Landtagspräsidenten wurde **Volker Bouffier** (CDU) mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erneut zum Ministerpräsidenten des Landes Hessen gewählt.

Schließlich wurde das neue Kabinett ernannt.

Wir wünschen dem neuen Parlament und der neuen Landesregierung viel Erfolg und stets eine glückliche Hand.

Von der neuen Regierungskoalition von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erwarten wir die richtigen Weichenstellungen für einen starken, attraktiven öffentlichen Dienst und einen starken Rechtsstaat zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger und zur Wahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

.....

Finanzminister Dr. Thomas Schäfer präsentiert Haushaltsabschluss 2018

Auch wenn uns einzelne Details noch nicht vorliegen, so ist der heutigen (30. Januar) Pressemeldung des Hessischen Finanzministers doch zu entnehmen, dass der Haushaltsabschluss des Landes Hessen für 2018 erneut sehr positiv

ausfällt, ja sogar erneut Raum für Schuldentilgung bietet.

Es ist durchaus anzuerkennen, dass der Finanzminister gegenüber den Medien dargestellt hat, dass diese positive Entwicklung der hessischen Finanzen auch durch (unfreiwilligen) Gehaltsverzicht der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zustande kam.

Wir fügen hinzu und rufen in Erinnerung, dass es vor allem den Beamten auferlegte große Sonderopfer waren, die über die Jahre hunderte von Millionen Euro in die Kassen gespült haben.

Nach den den öffentlichen Dienst betreffenden, durchaus positiven Passagen im Koalitionsvertrag von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die 20. Legislaturperiode ist die Zeit nun reif und die finanziellen Rahmenbedingungen geben es allemal her, den Rückstand der vergangenen Legislaturperiode aufzuholen und die begonnene Legislaturperiode partnerschaftlich und wertschätzend mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu gestalten.

.....

Dieselskandal

Fahrverbote für Frankfurt zunächst vermieden

Ursprünglich sollte nach der Entscheidung des VG Wiesbaden ab dem 1. Februar 2019 für Diesel der Euro-4-Norm und älter sowie und für Benziner der Schadstoffklassen 1 und 2 ein Fahrverbot in Frankfurt gelten. Ab dem 1. September 2019 sollte dies auch für Diesel der Euro-5-Norm gelten.

Hiergegen hatte die Hessische Landesregierung Berufung eingelegt.

Ein Eilantrag der Deutschen Umwelthilfe hatte keinen Erfolg, der Hessische Verwaltungsgerichtshof ließ die Berufung des Landes Hessen zu.

Bis zur rechtskräftigen Entscheidung treten also keine Fahrverbote für Frankfurt in Kraft.

Fahrverbote für zwei Straßen in Darmstadt ab Jahresmitte 2019

In einem außergerichtlichen Vergleich haben sich die Deutsche Umwelthilfe (DUH) und der Verkehrsclub Deutschland (VCD) mit dem Land Hessen darauf verständigt, dass ab dem 1. Juni 2019 für Diesel der Euro-5-Norm und älter sowie für Benziner der Schadstoffklasse 2 und älter für die Hängelstraße am City-Tunnel und die Heinrichstraße Fahrverbote (allerdings mit vielen Ausnahmen) gelten sollen. Sollte es aber nicht gelingen, die Schafstoffbelastung im zweiten Halbjahr 2019 entsprechend zu verringern, drohen weitere Maßnahmen.

Entscheidung über evtl. Fahrverbote für Wiesbaden vertagt

Das VG Wiesbaden hatte die ursprünglich für den 18.12.2018 erwartete Entscheidung über die Klage der Deutschen Umwelthilfe auf den 13. Februar 2019 vertagt, weil es zunächst abwarten will, wie sich die Hardware-Nachrüstung städtischer Busse auf die Messergebnisse auswirkt.

Bislang nur Zeit gewonnen

Insgesamt ist bisher also nur Zeit gewonnen.

Das Damoklesschwert hängt nach wie vor über den Besitzern der betroffenen Fahrzeuge. **Zigtausende Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in Hessen, die täglich mit ihren Privatfahrzeugen nach Frankfurt und Wiesbaden pendeln, müssen weiter bangen.**

Fragwürdige Hardware-Nachrüstungen stehen nach wie vor nicht zur Verfügung. Es ist höchst fraglich, ob sie von der Industrie überhaupt zur Verfügung gestellt werden und wie sie sich auswirken.

Es gibt weiterhin keinerlei Erklärung der Fahrzeughersteller zur Kostenübernahme der Hardware-Nachrüstung.

Die Bedenken hinsichtlich steigendem Verbrauch, Fortdauer der Garantie und Haltbarkeit der Motoren im Falle einer Nachrüstung bleiben bestehen.

Und die Wertminderung der Fahrzeuge bleibt, so oder so!

Nicht nur nebenbei sei erwähnt, dass schon heute die Frage aufgeworfen werden muss, wie lange denn Fahrzeuge der neuen Euro-6d-Temp-Norm noch als „innenstadtverträglich“ gelten werden.

Jüngst erreichen uns in diesem Zusammenhang zwei bemerkenswerte Meldungen:

1. VW meldet für das vergangene Jahr einen erneut deutlich gestiegenen Rekordgewinn...
2. Zwischenzeitlich wurden mehrere Hunderttausend Euro-4 und Euro-5-Diesel-Pkw in das angrenzende europäische Ausland verkauft. Dort gelten zwar auch die gleichen Grenzwerte, aber dort schüttelt man über die hiesige Hysterie um Fahrverbote nur den Kopf...

Und darum erhalten wir unsere Forderung aufrecht:

Wenn es die Bundesregierung nicht schafft, in Deutschland eine Gleichbehandlung und Gleichanwendung der EU-Grenzwerte mit allen anderen EU-Staaten herbeizuführen, dann müssen die Hersteller verpflichtet werden, die betroffenen Fahrzeuge bei vollem Wertausgleich, vermindert um eine übliche Pauschale für die Laufleistung, zurückzunehmen!

Um nicht falsch verstanden zu werden:

Auch der dbb Hessen befürwortet nachdrücklich alle sinnvollen Umweltschutzmaßnahmen.

Das jedoch, was zurzeit in Deutschland und in Hessen im Zusammenhang mit der Diesel-Hysterie veranstaltet wird, entbehrt jeder sachlichen Grundlage.

.....

BBBank exklusiver Abend

Bereits am 14. November vergangenen Jahres fand in Frankfurt einer der exklusiven Abende der BBBank statt.

Die BBBank als einer der wichtigsten Kooperationspartner des dbb, auch des dbb Hessen,

Der Bundestagsabgeordnete **Alexander Graf Lambsdorff** (FDP) als Gastredner des Abends sorgte für tiefgreifende, nachdenklich machende Einblicke in die Komplexität und die unumstößliche Sinnhaftigkeit der Europäischen Union.

Viele Repräsentanten der Mitgliedsgewerkschaften und –verbände des dbb Hessen sowie Mitglieder der Landesleitung des dbb Hessen waren zu Gast und standen vor Ort auch im Gespräch mit den BBBank-Direktionsleitern **Petra Hasebrink** und **Roland Hipke**.



Petra Hasebrink, Heini Schmitt, Birgit Kannegießer, Roland Hipke
Foto: BBBank

.....

Frankfurt a. M., 30. Januar 2019

Impressum

Herausgeber:



dbb
beamtenbund
und tarifunion
Landesbund Hessen

Verantwortlich (V.i.S.d.P.):

Landesvorsitzender Heini Schmitt

Landesgeschäftsstelle:

Eschersheimer Landstraße 162

60322 Frankfurt am Main

E-Mail: mail@dbbhessen.de

Telefon: 069 281780; **Fax:** 069 282946

Internet: www.dbbhessen.de

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet